

2. Ladanyi-Vorlesung

Dr. Heinz Fischer

*Bundespräsident der Republik Österreich
von 2004-2016*

*Vorsitzender der österreichisch-chinesischen
Gesellschaft*

Europa und China

*Universität Zürich, KOL G 217
Rämistrasse 71*

Dienstag, 19. September 2017, 19.00 Uhr



Biographisches

Dr. Heinz Fischer, geboren 1938, hat China erstmals als junger Parlamentarier im Jahr 1974, also in der Endphase der Kulturrevolution besucht.

Weitere Besuche (insgesamt acht) folgten in seiner Funktion als Wissenschaftsminister, als Parlamentspräsident und als Bundespräsident.

Im gleichen Zeitraum hat Fischer auch zahlreiche hochrangige chinesische Persönlichkeiten in Wien empfangen.

Dr. Heinz Fischer war in den frühen 70-er Jahren an der Gründung der österreichisch-chinesischen Gesellschaft in Wien beteiligt und hat nach seinem Ausscheiden aus dem Amt des Bundespräsidenten den Vorsitz in der österreichisch-chinesischen Gesellschaft übernommen. Seine nächste Chinareise ist für die Zeit von 7. bis 17. September geplant und fällt damit in die Zeit der Vorbereitungen für den im letzten Quartal des heurigen Jahres stattfindenden chinesischen Parteitag.

Zum Inhalt der 2. Ladanyi-Vorlesung

Im Jahr 2009 entfielen vom Welt- Bruttoinlandsprodukt (BIP) 28,5 Prozent bzw. 14,1 Billionen US-Dollar auf die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU). Die USA hatten mit einem BIP in Höhe von 13,0 Billionen US-Dollar ebenfalls einen Anteil von mehr als einem Viertel am Welt-BIP (26,3 Prozent). Chinas Anteil (einschliesslich Hongkong und Macao) lag mit 7,6 Prozent (3,8 Billionen US-Dollar) hingegen deutlich darunter.

Die auffälligste Veränderung findet sich dennoch bei China: Der Anteil am Welt-BIP stieg kontinuierlich von 0,9 Prozent 1970 auf 7,6 Prozent im Jahr 2009 – der Anteil erhöhte sich damit um 712 Prozent. Das heißt: trotz der durchaus erfolgreichen, wirtschaftlichen Entwicklung Europas

in den letzten 50 Jahren hat China Europa in Bezug auf das Bruttonationaleinkommen eingeholt und wird es in den nächsten Jahren mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit überholen.

China ist bereits heute zu einer Weltmacht geworden und steht auf Augenhöhe mit den USA. Daraus ergeben sich natürlich zahlreiche, weitreichende Konsequenzen und Fragen.

Wie ist es z.B. bei dieser rasanten wirtschaftlichen Entwicklung um die Verteilungsgerechtigkeit in China bestellt? China betrachtet sich immerhin nach wie vor als kommunistisches Land.

Eine andere Frage lautet, ob und wie sehr die politische Stabilität Chinas durch die wirtschaftliche und technologische Dynamik bedroht sein könnte.

Und: kann die Chinapolitik von Präsident Trump auf die Beziehungen zwischen China und Europa Einfluss haben?

2.Ladanyi-Vorlesung „Ethics in Action“

Eine Veranstaltung des Ladanyi-Vereins Zürich auf Initiative von Prof. Dr. Stephan Rothlin SJ, **Geschäftsführer der CSR Rothlin GmbH** Direktor des Macau Ricci-Instituts

Schirmherrschaft:

Dr. Felix Gmür, Bischof von Basel, Pascal Couchepin, Alt-Bundesrat
Dr. Irene Giner-Reichl, Österreichische Botschafterin in China
Dr. Erwin Schurtenberger, ehem. Schweizerischer Botschafter in China

Die zweite Ladanyi-Vorlesung stellt die vielschichtige Frage, ob und wie es China gelingt, Armut erfolgreich zu bekämpfen und die wirtschaftlichen Errungenschaften auch sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen zugutekommen zu lassen, dies im Hinblick um die Zukunft Europas, insbesondere der Asyl-und Migrationspolitik.

Programm

19.00 Begrüssung: Prof. Dr. Marcello Robbiani

19.05 Einführung: P. Dr. Stephan Rothlin SJ

**19.15 Referat: Dr. Heinz Fischer
Bundespräsident der Republik Österreich
2008 -2016**

Thema: Europa und China

20.00 Podium

**Dr. Heinz Fischer
Pascal Couchepin, Alt-Bundesrat
Roger de Weck, Generaldirektor der SRG**

Moderator: Ulrich Schmid, NZZ Korrespondent in Jerusalem.

20.50 Apéro riche im Lichthof der Universität

19. September 2017

**Vortrag Dr. Heinz Fischer an der Universität Zürich
„Europa und China“**

Einleitung

China, das von Kontinuität geprägte große Land der Mitte, das sich in seiner Jahrtausende alten Geschichte zunächst so ganz anders entwickelt hat als Europa, hat mich immer schon fasziniert und interessiert.

Seit Ende der Ära von Mao Tse Tung hat ein immer schnellerer Annäherungsprozess zwischen China und Europa, aber auch anderen Teilen der Welt begonnen.

Vor knapp 50 Jahren nahm Bruno Kreisky, damaliger österreichischer Bundeskanzler in sein außenpolitisches Programm als einer der ersten westeuropäischen Regierungschefs auch Verhandlungen betreffend die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Österreich und der Volksrepublik China aufgenommen hat. Im Jahr 1971 war es so weit, dass Österreich Beziehungen mit der Volksrepublik China aufnahm und dadurch ein neues Kapitel in unseren Beziehungen beginnen konnte.

1974 konnte ich gemeinsam mit meiner Frau China auf der Route Peking – Shanghai – Kanton – Hong Kong besuchen. Es war eine Reise in die Endphase der Kulturrevolution.

Acht weitere Reisen als Fraktionsvorsitzender im österr. Nationalrat, als österreichischer Minister für Wissenschaft und Forschung, als Parlamentspräsident und als Bundespräsident sollten folgen: meine zehnte Reise nach China habe ich vorgestern, am 17. September, einen

Monat vor Beginn des 19. Parteitages der KPCh am 18. Oktober 2017 beendet.

Meine Damen und Herren!

Der Weg, den China besonders in den vergangenen 40 Jahren zurückgelegt hat, ist eindrucksvoll und findet auch außerhalb Chinas große Beachtung. Ich muss ja die Veränderungen in Stadt und Land zwischen 1974 und heute nicht beschreiben. Die Industrie war damals international nicht konkurrenzfähig. Die Erträge in der Landwirtschaft absolut ungenügend und große Hungersnöte die Folge. Peking war eine Stadt der Radfahrer, Shanghai eine Stadt, in der einstöckige Häuser in von Bäumen gesäumten Straßen dominierten und das Leben am Land besonders hart und mühsam. Meine Gesprächspartner waren meistens Vorsitzende oder stellvertretende Vorsitzende des Revolutionskomitees von Fabriken, Krankenhäusern, Kommunen, Schulen, Universitäten etc. etc. Die Kleidung war einheitlich und uniformiert – es war die Endphase der Kulturrevolution. Die KP unter der Führung Maos war allgegenwärtig und zu ihren Inhalten zählte die Mao These von der Unvermeidlichkeit des Krieges.

Die Probleme, die China seit dem Ende der Kulturrevolution zu lösen hatte, kann man nur als gigantisch bezeichnen.

Es ist faszinierend zu beobachten, wie ein Land mit derzeit etwa 1,4 Mrd. Einwohnern – das sind weit mehr Einwohner als die USA, Russland, die Europäische Union, Japan, Brasilien, Kanada und Australien zusammen aufweisen – seinen Weg in die Zukunft sucht und dabei mit beachtlicher Geschwindigkeit voranschreitet.

Kommentiert [RW1]: Grösse und Geschichte Chinas, Maos Prägung, Unvermeidlichkeit des Kriegs.

Die Volksrepublik China, die am 1. Oktober 2019 ihren 70. Geburtstag feiern wird, ist in ihrer heutigen Form immer noch das Produkt einer Jahrtausende langen Kultur- und Zivilisationsgeschichte, aber auch ein Produkt der Führungskraft von Mao Tse Tung und seiner Mitstreiter, ein Produkt der Reformpolitik von Teng Hsiao Ping bis Xi Jinping und nicht zuletzt ein Produkt des Einflusses von anderen Zivilisationen. Die Amerikanisierung und Europäisierung der chinesischen Wirtschaft hat beträchtliche Ausmaße angenommen, das Straßenbild hat sich fundamental verändert.

Europa bzw. die Europäische Union, in der sich derzeit 500 Mio. Europäer aus 28 europäischen Staaten zusammengeschlossen haben – Großbritannien beabsichtigt bekanntlich seinen Austritt aus der Europäischen Union – ist ebenfalls das Resultat einer mehr als 2000 Jahre alten Geschichte. Im Besonderen auch ein Produkt der Aufklärung seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, die in China nicht stattgefunden hat und ein Produkt der Lehren aus blutigen Kriegen und totalitären Systemen im 20. Jh.

Ich persönlich bin daher ein überzeugter Anhänger des Gedankens der europäischen Zusammenarbeit und der europäischen Integration, der ja nicht zuletzt darauf beruht, dass Ursachen und Folgen einer Reihe verheerender Kriege in der jüngeren Geschichte Europas – insbesondere der beiden Weltkriege – nur durch eine enge politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der europäischen Staaten dauerhaft überwunden und neue Zwietracht verhindert werden kann. Gerade in Zeiten, in denen es so viel Gewalt und ungelöste Probleme an den Außengrenzen Europas

Kommentiert [RW2]: Blutige Kriegsvorgänge mit Friedenspolitik und Konstanz durch Zusammenarbeit und Integration

gibt, ist es wichtig, das „**Friedensprojekt Europa**“ hoch zu halten und weiter zu entwickeln.

Um hier keine Missverständnisse entstehen zu lassen, möchte ich klarstellen, dass natürlich auch die Schweiz – auch wenn sie sich nicht zur Mitgliedschaft in der EU entschließen kann – in vollem Umfang Teil des Friedensprojektes Europa ist. Ja noch mehr: Österreich und die Schweiz spielen durch ihre Neutralität eine besondere Rolle für die internationale Friedenspolitik, da sie besonders geeignet sind, eine Vermittlerrolle bei Konflikten einzunehmen, was die Schweiz in Bezug auf den Syrienkonflikt und Österreich in Bezug auf die Lösung des Konflikts im Zusammenhang mit dem iranischen Atomprogramm bewiesen haben.

Diesen Grundgedanken der EU als Friedensprojekt halte ich nach wie vor nicht nur für wertvoll, sondern für unverzichtbar und die Entscheidung Großbritanniens betreffend den Austritt aus der EU für einen schweren Fehler. Dennoch kann man in politischen Diskussionen in Europas Parlamenten, in Diskussionen an Universitäten und Wirtshaustischen, in den Medien etc. ein anwachsendes Potential der Kritik an der Europäischen Union in ihrem derzeitigen Zustand feststellen. Das hat verschiedene Ursachen. Eine davon liegt zweifellos darin, dass die Europäische Union als Bündnis zwischen 6 Staaten – nämlich Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande und Luxemburg – gegründet wurde und in ihren Gründungsjahren vorwiegend eine Wirtschaftsgemeinschaft unter dem Titel EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) war.

Die Erweiterungen der EU von 6 auf 9 Staaten, dann von 9 auf 12 und im Jahr 1995 – durch den Beitritt von Österreich, Schweden und Finnland –

von 12 auf 15 Staaten, waren weitgehend problemlos zu verdauen. Dann aber kam der große Erweiterungssprung des Jahres 2004, wo die Europäische Union von 15 auf 27 und schließlich (durch den Beitritt Kroatiens) auf 28 Staaten angewachsen ist. Das waren in meinen Augen zwar sinnvolle Schritte um die aus der Nachkriegszeit stammende Spaltung zwischen Ost- und Westeuropa zu überwinden. Es waren aber Schritte, die die Entscheidungsfindung und die Zusammenarbeit in der Europäischen Union schwieriger und mühsamer gemacht haben, weil eben gemeinsame Entscheidungen von 12 oder 15 Staaten mit ähnlichen politischen Systemen leichter zu treffen sind, als zwischen 28 Staaten aus allen Teilen Europas und mit beträchtlichen wirtschaftlichen, historischen und gesellschaftspolitischen Verschiedenheiten. Auch der Übergang von einer wirtschaftlichen zu einer wirtschaftlichen und politischen Gemeinschaft verläuft nicht ohne Schwierigkeiten.

Außerdem sind die Endziele, „the final goals“ des europäischen Integrationsprozesses nach wie vor nicht endgültig definiert.

Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean Claude Juncker, hat in einer Rede in Straßburg am 14. September 2017 wörtlich gesagt: „Nie zuvor habe ich so viel Spaltung und so wenig Gemeinsinn in unserer Union gesehen, wie heute. Unsere Europäische Union befindet sich – zumindest teilweise – in einer existentiellen Krise“.

Er hat leider nicht Unrecht.

Juncker hat eine ganz lange Reihe konkreter Vorschläge gemacht, darunter z.B. eine radikale Erweiterung der Eurozone, eine Stärkung der gemeinsamen Verteidigung Europas, eine groß angelegte

Kommentiert [RW3]: Wachstum der EU mit grossen Ungleichheiten Süd, Norden, Flüchtlingsströme

Kommentiert [RW4]: Spaltungspotential im Herbst 17 am grösst

Investitionsoffensive für Afrika oder einen neuen Anlauf zur Definition der „Final Goals“ der EU.

Die Reaktionen auf die Juncker Rede waren aber nicht nur in Österreich, sondern auch in anderen EU-Mitgliedsstaaten – diplomatisch ausgedrückt – zurückhaltend. Unter dem Druck der politischen und wirtschaftlichen Ereignisse der vergangenen Jahre - insbesondere der Finanz- und Wirtschaftskrise - ist in Europa der nationalstaatliche Egoismus zweifellos angewachsen. Und es gibt nicht nur viel Spaltung in Europa, sondern auch viel Angst vor Populisten und EU Kritikern. Das ist übrigens auch in China nicht verborgen geblieben und man bekommt, wenn man mit chinesischen Politikern spricht, immer häufiger Fragen nach der Handlungsfähigkeit und der Kohäsionsfähigkeit der EU gestellt.

Anrede!

Wie sieht nun **Chinas Entwicklung aus europäischer Sicht** aus?

Es ist wohl selbstverständlich, dass es in Europa durchaus unterschiedliche Standpunkte in Bezug auf China und unterschiedliche Einschätzungen der künftigen Entwicklung Chinas gibt.

Aber es gibt ja genügend Zahlen und Fakten, die eine deutliche Sprache sprechen und die für eine Analyse wichtig sind.

China vor 100 Jahren, also im Jahr 1917, steckte noch tief im Feudalismus. Es wurde von Japan und auch von den Europäischen Kolonialmächten sehr schlecht behandelt, ausgebeutet und der Lebensstandard des größten Teiles der Bevölkerung war unerträglich

niedrig. Revolutionäre Ideen hatten sich seit der 2. Hälfte des 19. Jh. **ausgebreitet** und am 1. Juli 1921 wurde die kommunistische Partei Chinas gegründet.

Kommentiert [RW5]: Fuedaler Staat

China vor 50 Jahren, also im Jahr 1967, war eine Volksrepublik unter der Führung von Mao Tse Tung, die eine heroische Entwicklung hinter sich hatte. Mao und seine Mitstreiter hatten in Koalition mit Tschiang Kai-shek **alle** fremden Besatzungssoldaten aus dem Land geworfen, waren dann im Bürgerkrieg gegen Tschiang Kai-shek erfolgreich gewesen, aber in den 60er Jahren – nach dem fehlgeschlagenen „großen Sprung vorwärts“ - in die aus meiner Sicht noch problematischere Phase der Kulturrevolution eingetreten ist, die schecklich vielen Menschen Unrecht und großes Leid zugefügt hatte. Wenn ich später mit chinesischen Freunden über diese Zeit und über die Rolle von Mao Tse Tung gesprochen habe, bekam ich meistens zur Antwort, dass die Politik von Mao zu 2/3 gut und zu 1/3 schlecht war. Offenbar ein Kompromiss zwischen Mao Gegnern und Mao Anhängern.

Kommentiert [RW6]: Volksrepublik

Die Menschenrechtssituation war in der Ära Mao dramatisch schlechter als heute, aber sie entspricht auch heute noch nicht europäischen Standards oder Erwartungen. Thematisiert man dieses Problem, dann wird von chinesischer Seite sehr offensiv geantwortet, dass ihre **Hauptsorge** in Bezug auf Menschenrechte beim Kampf gegen die Armut und bei den Lebensbedingungen und bei den Lebenschancen der Massen gelegen sei und nicht primär bei den „Individualrechten“ Einzelner. Außerdem wird kritisiert, wie unterschiedlich – je nach Interessenlage, die Maßstäbe sind, die in verschiedenen Staaten in Bezug auf Menschenrechte angelegt werden.

Kommentiert [RW7]: Menschenrechte Sache der Massen, nicht individueller Schutz

Europa hatte zur Zeit Maos große Sorgen in Bezug auf China – man könnte auch sagen Angst – weil die chinesische Führung damals immer wieder von der Unvermeidlichkeit des Krieges sprach.

Deshalb wurde dann auch die **Reformpolitik** von Teng Hsiao Ping, deren Ziel es war, China zu modernisieren, konkurrenzfähig zu machen und aus dem tiefen Tal der Armut herauszuführen, mit positivem Interesse aufgenommen und auch durchgesetzt.

Kommentiert [RW8]: Reformpolitik Chinas weckt Vertrauen auf friedenspolitik nicht Unvermeidbarkeit des Krieges zu setzen

Denn eine solche Politik verträgt keine Kulturrevolution und braucht auch keinen Krieg sondern benötigt Stabilität und eine friedliche Entwicklung.

Und noch etwas kam in dieser Phase dazu.

Die Beziehungen Chinas zu Russland haben sich noch zu Lebzeiten von Mao Tse Tung deutlich und gefährlich verschlechtert. Der Name des Grenzflusses Ussuri ist uns noch als politischer Hotspot in Erinnerung.

„Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ sagen manche Diplomaten und so begannen die USA in der Zeit von Nixon und Kissinger die vorsichtige aber ernst gemeinte Ping Pong Politik, d.h. die Politik eines Dialogs und einer gewissen Annäherung zwischen den USA und China, die auch von Europa positiv beurteilt wurde. In Henry Kissingers Büchern ist darüber viel nachzulesen. Eine Annäherungswelle zwischen China und zahlreichen europäischen Staaten – darunter auch Österreich – war die Folge. China, Europa und die USA kamen einander näher.

Kommentiert [RW9]: Russische Beziehungen Chinas schlecht

Nach dem Fall der Berliner Mauer und des Eisernen Vorhanges in Europa und nach den tragischen Ereignissen am Tian'anmen Platz in Peking vom

Sommer 1989 veränderten sich die Parameter vorübergehend, aber man kann heute sagen, dass sich die Intensivierung der Beziehungen zwischen China und Europa längerfristig für beide Seiten als wertvoll und vernünftig erwiesen hat und daher fortgesetzt werden soll und auch fortgesetzt wird.

Tatsächlich gibt es – wie schon erwähnt - in der aktuellen Entwicklung Chinas und Europas manche gewisse **Parallelen**: beide sehen sich der Aufgabe gegenüber, mit einer **starken inneren Differenzierung** fertig zu werden. Im Falle Chinas ist dies nicht die Differenzierung in unterschiedliche Nationalstaaten, sondern das enorme Wirtschaftswachstum des Landes hat zu einem starken Anstieg **wirtschaftlicher und sozialer Differenzierungen** geführt, die durch ethnische und geografische Differenzierungen verstärkt werden und eine große Herausforderung darstellen. Und den Druck des globalen Wettbewerbs spürt auch China immer stärker.

Kommentiert [RW10]: Inländische Problematik ähnlicher in China und Europa wegen Wirtschaftswachstum und Nachhinken der gesellschaftlichen Entwicklung

Heute steht die Volksrepublik China zweifellos **als Supermacht** auf der internationalen Bühne. In seiner Doppelfunktion als Generalsekretär der Partei (seit Herbst 2012) und als Staatspräsident (seit dem Frühjahr 2013) führt Xi Jinping sein Land mit starker Hand zu verstärkter **internationaler Präsenz**.

Kommentiert [RW11]: Xi Jinpings verstärkte Führung auf allen Kontinenten spürbar, Afrika besonders hervorgehoben

Bevorzugte Vehikel zur pro-aktiven Gestaltung der chinesischen Außenpolitik sind **regionale Gruppierungen**, mit denen Peking spezialisierte und zumeist umfassende Beziehungen aufbaut, wie etwa

- das Forum for China Africa Cooperation (FOCAC)
- die BRICS-Gruppe (deren Zusammenhalt durch die Gründung der Neuen Entwicklungsbank gestärkt wurde);

- die „16+1“ Kooperation mit den investitionshungrigen Ländern Zentral- und Osteuropas (seit 2012); oder
- die Shanghai Cooperation Organisation (SCO), die durch die rezente Aufnahme von Pakistan UND Indien sehr an geopolitischem Gewicht zunahm.

Die bedeutendste derartige Initiative ist aber ohne Zweifel die Wiederbelebung der **Seidenstraßen unter dem Titel „One belt, one road“**, ein Bündel von terrestrischen und maritimen Handels-, Investitions- und Kommunikationswegen zwischen Asien und Europa, unter Einbindung von Afrika. Seit dem „**Belt and Road Forum**“ Mitte Mai 2017 präsentiert sich die Seidenstraßen-Initiative explizit global.

Kommentiert [RW12]: Seidenstrasse-Projekt

Während die **USA** unter Obama (und schon vorher) DIE Supermacht waren, mit der sich China in vielen Belangen arrangieren musste und gleichzeitig versuchte, eine „neue Art der Beziehungen zwischen den Supermächten“ aufzubauen, (nämlich im Verhältnis zwischen den USA, China und Russland), betreiben die USA unter ihrer aktuellen Führung eine „America first“ Politik, die **China mehr Raum** auf der internationalen Bühne einräumt: Angesichts protektionistischer und isolationistischer Tendenzen in Amerika spricht sich China medienwirksam und immer deutlicher für wirtschaftliche Globalisierung, für Multilateralismus und für größere globale soziale Gerechtigkeit aus und rückt gleichzeitig auf den Spitzenplatz bei den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Klima-Wandels vor. Es setzt auch immer mehr Signale, dass es begriffen hat, dass eine weitere Integration Chinas in die Weltwirtschaft Reziprozität bei der Beseitigung von Handelshemmnissen und fairen gegenseitigen Marktzugang voraussetzt. Immer mehr Erklärungen führender Politiker Chinas deuten in diese Richtung.

Kommentiert [RW13]: USA first, China globaler

Anrede!

Aus diesem Grund und aus vielen anderen Gründen blickt man derzeit mit großem Interesse auf den bevorstehenden **19. Parteitag der KP Chinas** und auf die Ergebnisse dieses Parteitags. Bei chinesischen Gesprächspartnern herrscht die Meinung vor, dass die Bestätigung des derzeitigen Generalsekretärs Xi Jinping und von Ministerpräsident Li Keqiang in ihren staatlichen Funktionen und als Mitglieder im ständigen Ausschuss des Politbüros als sicher gelten kann. Gleichzeitig wird angedeutet, dass - unter der Voraussetzung, dass sich an der Zahl der Mitglieder in den entscheidenden politischen Gremien nichts ändert - mehr als 10 von 25 Sitzen im Politbüro und 4 bis 5 von 7 Sitzen im **ständigen** Ausschuss des Politbüros neu besetzt werden dürften. Diesmal ist es sogar so, dass es relativ deutliche Hinweise und Vermutungen gibt, wer dem neuen Machtzentrum, dem ständigen Ausschuss des Politbüros neben XI und LI an gehören könnte, nämlich die bisherigen Politbüromitglieder WANG Yang (Vize-Premierminister), die Parteichefs von Shanghai (HAN Zheng) und Guangdong (HU Chunhua), sowie der Leiter des Büros des ZK der KP Chinas LI Zanshu. Schließlich werden dem Parteichef von Chongqing CHANG Min'er, der bisher nicht dem Politbüro angehörte, Chancen gegeben ohne Zwischenstation den Sprung in den ständigen Ausschuss des Politbüros zu schaffen.

Kommentiert [RW14]: Volkskongress, Vermutungen

Die erneuerte und verjüngte chinesische Führung, die aus dem bevorstehenden Parteitag hervorgehen wird und in der Xi Jinping eine stärkere Position haben dürfte als alle seine Vorgänger seit Teng Hsiao Ping, wird jedenfalls an der Spitze eines Landes stehen, das in wirtschaftlicher Hinsicht schon heute auf Augenhöhe mit den USA und

Europa steht und noch während der nächsten 5 Jahre zur klaren Nummer 1 in der Weltwirtschaft werden könnte.

Wie rasch die Entwicklung vor sich geht, kann man mit einigen Zahlen plastisch beschreiben: Im Jahre 1990 war der Anteil Chinas am Weltbruttosozialprodukt (zu laufenden Preisen und Kaufkraftparitäten) 6%, der Anteil der EU 4 Mal so groß, nämlich 24,9% und der Anteil der USA mehr als 5 Mal so groß, nämlich 32,2%.

Kommentiert [RW15]: China holt auf und überbietet den Westen bald

Heute (gemäß den Zahlen des Jahres 2016) hat China diesen riesigen Vorsprung der USA und der EU aufgeholt. Europa hat heute 16,9% am Welt-BNP, China 16,5% und die USA 14,3%. Mit anderen Worten: Der Anteil Europas am Welt-BNP ist um ein Drittel gesunken, der Anteil der USA ist auf weniger als die Hälfte gesunken und der Anteil Chinas hat sich fast verdreifacht und es ist kurzfristig kein Ende dieser Kräfteverschiebung abzusehen.

In absoluten Zahlen betrug das BIP der Volksrepublik China im Jahr 2016 10700 Mrd. US Dollar

China hat immer noch von mehr als 6% und hat sich zum Motor des globalen Wirtschaftswachstums entwickelt. Im Jahr 2016 betrug nach Angaben des Internationalen Währungsfonds der Anteil Chinas am gesamten, Welt- Wirtschaftswachstum nicht weniger als 39%.

Dieses rasche Wachstum hat aber die sozialen Strukturen Chinas grundlegend verändert.

China war noch in der **90er Jahren** ein sehr **armes Land**. Das Pro-Kopf Einkommen der EU war 14 Mal so hoch als jenes von China. Heute liegt

das Pro-Kopf Einkommen Chinas schon nahezu bei der Hälfte jenes der EU (gemessen in Kaufkraftparitäten).

Man kann es auch anders ausdrücken: im Jahr 1990 haben 67% der chin. Bevölkerung in Armut gelebt, d.h. sie hatten ein Einkommen von weniger als 1,9 \$ pro Tag. Und innerhalb von 20 Jahren, nämlich bis zum Jahr 2010 ist dieser Anteil von 67% auf 11% gesunken.

Aber auch die Struktur des chinesischen Nationalproduktes hat sich grundlegend verändert. Aus dem Bauernland China ist ein Land geworden, in dem 50% des BNP aus Dienstleistungen entstehen, ca. 40% aus Industrie und nur 10% aus der Landwirtschaft. Auf dieser Basis ist China heute das größte Exportland der Welt und das zweitgrößte Importland.

Kommentiert [RW16]: Agrarstaat wandelt sich zum Dienstleistungsstaat

Das chinesische Durchschnittseinkommen in urbanen Regionen entspricht heute bereits jenem der EU-Mitglieder Rumänien, Lettland oder Litauen. Ein sehr bekannter Ökonom, Branko Milanovic, der sich schon lange mit Fragen der Ungleichheit beschäftigt und viele Jahre Chefökonom in der Weltbank war, hat kürzlich folgendes prophezeit: Sollten die niedrigen Wachstumsraten in Europa bestehen bleiben und jene in China nur leicht zurückgehen (z.B. auf ein Niveau von ca. 5%), ist damit zu rechnen, dass sich die **Durchschnittseinkommen Europas und Chinas** in den nächsten **20 bis 30** Jahren angleichen werden (Quelle: Branko Milanovic, Global Inequality, 2016).

Anrede!

Chinas **Erfolgsgeschichte** verläuft aber **nicht problemlos**. Der intensive Aufholprozess der vergangenen 20 Jahre hat in vielen Bereichen tiefe

Spuren hinterlassen – z.B. eine **dramatische Umweltbelastung** und zunehmende soziale Herausforderungen, wie z.B. die Gefahr einer wachsenden Ungleichheit in der Einkommens- und **Vermögensverteilung**.

Kommentiert [RW17]: Spuren des enormen Wirtschaftswachstums

- Der aktuelle **5-Jahres-Plan** Chinas (13. Fünf-Jahres Plan von 2016 – 2020) sieht daher ein sehr ambitioniertes Programm vor, das sich den genannten Herausforderungen stellt. Es geht um eine innovationsorientierten Wirtschaft und um eine Reorientierung von einer umweltzerstörenden zu einer nachhaltigen Wirtschaft

Das bedeutet u.a.

- Massive Investitionen in F&E und Ausbildung
- deutliche Erhöhung der Haushaltseinkommen
- Massive Investitionen in erneuerbare Energien und generell in Umwelttechnologien.

Außerdem müssen Lösungen für das jetzt noch unzureichende Sozialsystem gefunden werden.

Auch die schon erwähnte „**Belt and Road Initiative**“ geht in diese **Richtung**: Es geht dabei nicht nur um eine entwicklungspolitische Initiative für die asiatischen Nachbarländer und Zentralasien und neue Infrastruktur Richtung Europa, sondern sie ist auch ganz stark darauf ausgerichtet, in die unterentwickelten Gebiete im Westen Chinas massiv zu investieren und damit die bestehenden Ungleichgewichte zu reduzieren.

Kommentiert [RW18]: Sozialsystem

Anrede!

China hat also große **soziale Herausforderungen** zu bewältigen. Die wachsenden Einkommen in China, v.a. jene des Mittelstandes im Osten des Landes haben zwar dazu geführt, dass die **globale Einkommensverteilung** (wenn man alle Menschen auf der Erde in Betracht zieht) zwischen 1988 und 2008 deutlich gleicher – also besser – geworden ist. Jedoch ist die **Ungleichheit innerhalb** vieler Staaten **gestiegen**, und das nicht nur in den USA und Europa, sondern auch in China:

Das Maß der Ungleichheit (Gini Koeffizient) ist in China von ca. 25% im Jahr 1975 – das war die Zeit meines ersten China Besuches - bis zum Jahr 2002 auf ca. 40% gestiegen und seither stabil auf diesem Niveau geblieben. Das ist nicht viel niedriger als in den USA (46%), einem Land mit relativ ungleicher Einkommensverteilung. Europäische Länder haben dagegen Gini Koeffizienten von 25 – 30%. Die optischen Eindrücke in China, die Zahl der superteuren Autos und vieler Luxusgüter bestätigen diese Zahlen.

Tatsächlich zählen die Probleme der **Ungleichheit**, vor allem auch jener **zwischen Stadt und Land**, neben dem Problem der Korruption und der Umweltverschmutzung zu den Hauptthemen des bevorstehenden Parteitag und es gibt zahlreiche Hinweise dafür, dass sich die chinesische Führung dieser Problematik verstärkt und mit harten Maßnahmen annehmen wird.

Ein soziales Problem ist auch die rasch alternde Bevölkerung: Im Jahr 1990 waren in China nur 5% der Bevölkerung älter als 65 Jahre. (Im Vergleich dazu betrug dieser Anteil in der EU 14%). Im Jahr 2016 hatte sich der Anteil der Über-65-Jährigen in China bereits auf 10% verdoppelt.

(In der EU ist er von 14% auf 19,5% angestiegen). Und die Weltbank schätzt, dass die Anteile der Über-65-Jährigen im Jahr 2050 in China und der EU über 25% liegen wird. Diese Zahlen zeigen natürlich einerseits den großen Erfolg der steigenden Lebenserwartung. Aber auch die große **Herausforderung**, für diesen hohen Anteil eine **adäquate Lebenssicherung** zu schaffen.

Im aktuellen **5-Jahres-Plan** werden konkrete Ziele genannt, um diesen Herausforderungen zu begegnen: noch einmal etwa **70 Mio.** Menschen **aus der Armut** holen; die Urbanisierungsrate auf 60% zu erhöhen und gleichzeitig neue Jobs in Städten zu schaffen; die Ausbildungszeiten für alle im Durchschnitt von 10,2 Jahren auf 10,8 Jahre zu erhöhen; die medizinische Versorgung zu verbessern; die sozialen Sicherungssysteme zu vereinheitlichen, um nur einige davon zu nennen. China stellt sich also der Aufgabe, Ungleichheiten zu bekämpfen, wobei ich mir kein Urteil über die Erfolgchancen dieser Bemühungen zutraue.

Was jedenfalls auffällt, ist, dass es auch in diesem Bereich **Parallelitäten zwischen Europa und China** gibt.

Daher ist es wünschenswert und richtig, dass es zwischen China und Europa zusätzlich zu dem Austausch auf politischer und wirtschaftlicher Ebene auch zu einem verstärkten **Dialog** bei der Analyse und Entwicklung **sozialpolitischer Maßnahmen** kommt.

Denn eines ist meines Erachtens sicher:

Die Zukunft Europas wird in nicht unbeträchtlichem Maß auch von der Zukunft Chinas beeinflusst werden und die Zukunft Chinas von der

Zukunft Europas. Die logische Konsequenz davon ist, den Dialog zu intensivieren, die Partnerschaft zu stärken und die Zusammenarbeit zwischen China und Europa weiter auszubauen.

Ich danke Ihnen!